

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.50 Goldmark
Einzelaummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle Stuttgart, Röhrestraße 16
Fernsprecher Nr. 6800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Wissenschaftliche Betriebsführung aber nicht auf Kosten des arbeitenden Menschen

In Industrie und Landwirtschaft, in Handwerk und Handel wird die Forderung gestellt, daß die Produktivkraft der menschlichen Arbeit aus höchster gesteigert werden müsse, weil es nur auf diese Weise möglich sei, unser zerrüttetes Wirtschaftsleben wieder in die Höhe zu bringen. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles sollen dienen: die Verbesserung der Werkzeuge, Maschinen und Anlagen, die bessere Ausnutzung der Naturkräfte und der rationellere Ausbau der Arbeitsweisen. Auf allen diesen drei Gebieten schreitet Nordamerika der alten Welt bahnbrechend und richtungweisend voraus — es seien nur die Namen Taylor und Ford genannt — und es wird uns Europäern nichts anderes übrig bleiben, wenn wir wettbewerbsfähig sein wollen, als daß wir uns bemühen, mit dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten gleichen Schritt zu halten. Andernfalls werden wir unter die Räder kommen und von dem Wettbewerb zermalmt werden.

Der Gedanke einer Steigerung der Arbeitsleistung ist durch- aus nicht neu. Von den Urzeiten der Menschheit her lebt in den Menschen der Wille, die Arbeitsmühe zu vermindern und zugleich ihren Ertrag zu steigern. Mit einem Mindest- maß von Kraftauswand ein Höchstmaß von Er- folg zu erzielen — diese Absicht liegt sich wie ein roter Faden durch die Wirtschaftsgeschichte. Der Menschengeist, der sein Möglichstes getan hat, Mittel und Wege der Verbesserung und Vermeidung zu erfinden — man denke nur an den Krieg und die Folterwerkzeuge — ist daneben aber auch eifrig bemüht gewesen, durch Erfinden, Versuchen und Erproben neue Möglichkeiten der Ertragssteigerung zu schaffen. Im Laufe der Zeit hat sich die Arbeitstechnik zu einer Wissenschaft entwickelt, gegen die die alten Wissenschaften Philosophie und Theologie, die das Mittelalter beherrschten, in den Hintergrund getreten sind. Wissenschaft, Technik und Arbeit sollen eine innige Ver- einigung eingehen, um Höchstleistungen zu erreichen, die wirtschaftliche Betriebsführung ist die Vorbereitung des Tages.

Zweifellos ist diese Forderung durchaus berechtigt, weil es nur durch gesteigerte Arbeitsleistungen möglich sein wird, die gesteigerten Ansprüche zu befriedigen, die die Kulturmenschen ans Leben stellt. Es gibt bekanntlich nur ein Entweicher — Oder: Entweder wir müssen unsere Ansprüche einschränken und unsere Lebenshaltung auf den Stand eines Naturmenschen herabdrücken, wie dies manche Leute fordern, dann allerdings können wir auf Technik und Wissenschaft verzichten, oder wir erfinden in der Steigerung und Verfeinerung unserer Lebens- haltung das erstrebenswerte Ziel der Menschheitsentwicklung, dann aber tritt die Notwendigkeit an uns heran, all unsere Kraft daran zu setzen, gesteigerte Leistungen hervorzubringen. Das heutige Proletariat vertritt bekanntlich die letztere Auf- fassung, und darum hat es grundsätzlich gegen eine wissenschaft- liche Betriebsführung nichts einzuwenden. Es verfolgt mit wachsender Teilnahme die Bemühungen der Techniker und Wissenschaftler auf diesem Gebiete und es ist durchaus willens, sie zu fördern und zu unterstützen.

Leider hat die Sache einen schlimmen Haken: es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob sich dieser an und für sich be- grüßenswerte Fortschritt auf Kosten des arbeitenden Menschen vollziehen sollte. Diese Beschränkung ist durch aus nicht un- begründet, lehrt uns doch die Wirtschafts- und Sozial- geschichte auf all ihren Blättern, daß es die besitzenden und be- vorrechteten Schichten noch immer verstanden haben, alle Er- tragsmöglichkeiten der Technik sich selbst nutzbar zu machen und den Unterschichten größere Lasten aufzubürden. Als die Kraft- und Arbeitsmaschinen erfunden und vervollkommen wurden, die eine Annumme von menschlicher Arbeitskraft erparten, wurde die Arbeitszeit verlängert und die Anstrengung gesteigert, so daß der berühmte englische Gelehrte John Stuart Mill schreiben konnte: „Es ist fraglich, ob alle bisher gemachten mechanischen Erfindungen die Angehörigen irgend eines mensch- lichen Beweises (richtiger: eines Angehörigen des Proletariats) erleichtert haben.“ Und der frühere nordamerikanische Präsident Wilson erklärte bei Antritt seiner Präsidentschaft: „Zweifel- los hat der neuzeitliche Kapitalismus infolge der verbesserten Technik auf manchen Gebieten viel geleistet, aber er hat An- bau getrieben mit der Arbeiterschaft, der Ge- sundheit und dem Lebensglück der Unter- schichten.“ So birgt auch die wissenschaftliche Betriebs- führung die große Gefahr einer Schädigung der Proletarier- massen in sich: sie wird zweifellos verhängnisvolle Folgen für das Proletariat nach sich ziehen, wenn dieses nicht imstande ist, mit Hilfe starker Organisationen die Nachteile abzuwehren.

Ran hat den Menschen die vollkommenste aller Maschinen genannt, und die mechanistische Auffassung, daß der Mensch eine Maschine sei, beherrscht noch heute die Köpfe der kapita- listischen Führer, weshalb sie in der rücksichtslosesten Weise aus dem arbeitenden Menschen möglichst viel Arbeitskraft herauszu- pumpen versuchen. Wenn ein Betrieb hohe Arbeitsleistungen aufzuweisen hat und hohe Erträge abwirft, so wird er als Musterbetrieb bezeichnet, wie es aber um die Menschen bestellt ist, die in diesem „Musterbetrieb“ arbeiten, darum kümmert sich niemand. Man schont die Werkzeuge, Maschinen und Anlagen, man geht parjam um mit dem Kohstoff, weil all diese Dinge Wert haben und Geld kosten; aber mit der menschlichen Arbeits- kraft treibt man Schindluder, weil immer wieder neue Arbeits- kräfte hinguströmen, wenn die alten verbraucht sind.

In Wirklichkeit ist der Mensch gar keine Maschine, er ist ein lebendes Wesen mit allerlei Kräften und Fähigkeiten, mit

Gedanken, Gefühlen und Trieben, er ist kein Mechanismus, sondern ein lebensvoller Organismus. Eine Ma- schine kann ununterbrochen im Gange gehalten werden, falls man ihr die nötige Kohle usw. zuführt, der Mensch bedarf der Ruhe und der Erholung, er bedarf der Schonung, wenn er nicht frühzeitig zugrunde gerichtet werden soll. Wenn eine Maschine in Unordnung gerät, so kann man sie auseinander nehmen und reparieren, was bei einem Menschen nicht der Fall ist. Wie kommt es also, daß man den arbeitenden Menschen zu einer Maschine degradiert, daß man auf ihn weniger Rücksicht nimmt, als auf eine Maschine? Diese mechanistische Auffassung, diese Gleichstellung von Mensch und Maschine ist der grundlegende Irrtum der kapitalistischen Führer und Unterführer, zu ist das Verhängnis unserer Wirtschaft. Der Grundriß höchster Wirt- schaftlichkeit fordert Sparjamkeit und hausväterisches Wirt- schaften, damit jede Kräftevergeudung vermieden wird. Dieser Grundriß darf sich aber nicht beschränken auf die Sachverhalte, er muß ausgedehnt werden auf die menschliche Arbeitskraft.

Der arbeitende Mensch soll den Mittelpunkt unserer Wirtschaft bilden, dem sich Naturkräfte, Maschinen und Methoden anpassen müssen. Nicht umgekehrt. Was soll man dazu sagen, wenn bei der Aufstellung einer Maschine genau unterzucht wird, wieviel Umdrehungen sie in der Minute mach- kann, ohne Schaden zu leiden, wenn aber niemand danach fragt, ob der die Ma- schine bedienende Arbeiter ihre Schnelligkeit ohne Schädigung seine Gesundheit mitmachen kann? Durch die Ent- wicklung der Technik ist es dahin gekommen, daß die Maschine die Herrin des Arbeiters geworden, während einstmals das Werkzeug der Diener des Arbeiters war. Man sagt ja auch, daß der Mensch sich eines Werkzeugs bedient, daß er aber eine Maschine bedient. In der modernen Industrie sind Arbeiter und Arbeiterinnen zu Sklaven der Maschine geworden, „der König Dampf“, so sagte ein englischer Großindustrieller mit stolzer Befriedigung, sammelt die Scharen seiner Sklaven um sich! Ob dieser Zustand eines modernen Proletariats würdig ist, braucht wohl nicht erst erörtert zu werden, und ob es nicht Pflicht aller Proletarier ist, diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen, kann keinem Zweifel unterliegen.

Neben dem Anspruch auf angemessenen Lohn und erträg- liche Arbeitszeit ist der Schutz der Arbeitskraft die wichtigste Forderung des Proletariats. Die Arbeitskraft ist das höchste wirtschaftliche Gut des Arbeiters, weil er nach dem Ver- lust seiner Arbeitskraft wertlos ist wie eine ausgepreßte Zitrone. Darum muß sie geschützt werden gegen kapitalistischen Raubbau, gegen Vergeudung und Verschleuderung, sie muß mindestens ebenso geschont werden wie Anlagen, Maschinen und Ma- terialien. Der Artikel 157 der deutschen Reichsverfassung jagt ausdrücklich: „Die Arbeiterschaft hat Recht unter dem besonderen Schutze des Reiches.“ Aber leider merkt man noch sehr wenig von diesem Schutze. So ist es denn die Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeitskraft zu schützen und das Unternehmertum zu zwingen, auf diesen kostbaren Schatz des Proletariats Rücksicht zu nehmen. Daneben muß auch Rück- sicht genommen werden auf die Gesundheit, auf das körperliche, geistige und seelische Wohlbefinden des arbeitenden Menschen.

Bekanntlich ist das Arbeiten kein mechanischer, sondern ein geistig-seelischer Vorgang, bei dem der lebende Mensch den Ausschlag gibt. Beim menschlichen Arbeiten sind wohl hohe Leistungen möglich, aber diese Höchstleistungen können keine Dauerleistungen sein. Durch den übermäßigen Verbrauch von Muskel- und Nervenkraft tritt eine Abspannung, Entkräftung und dadurch ein Rückgang der Leistung ein. Durch eine Überspannung der Kräfte, besonders wenn sie zur Regel wird, verliert der Arbeiter seine Spannkraft und Frische, er altert frühzeitig und wird ganz oder teilweise arbeitsunfähig. Persönlich ist das für ihn ein großes Unglück, da er lebens- unfähig wird und sich nicht mehr selbst ernähren kann, auch büßt er einen Teil seiner Lebenszeit ein, ein Verlust, den ihm nie- mand ersetzen kann. Diese frühzeitige Arbeitsunfähigkeit ver- urteilt den Staat und den Gemeinden ungeheure Kosten, trotz der erbärmlich niedrigen Rente des Einzelnen, sie fügt auch unserer Wirtschaft großen Schaden zu, da wir diese verlorenen Arbeitskräfte nicht durch die Heranziehung ausländischer Ar- beitskräfte ersetzen können. Ohnehin haben die Arbeitsleistungen unter den Einwirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit schwer gelitten. Millionen von Arbeitern haben ihr Leben verloren, andere Millionen haben ihre volle Arbeitsfähigkeit eingebüßt, die heranwachsende Arbeiterjugend ist unterernährt und mangel- haft ausgebildet. Daraus, und nicht etwa aus der Durch- führung des Achtstundentags, erklärt sich der teilweise Rück- gang der durchschnittlichen Leistungen, was natürlich ein Unglück ist für unsere Wirtschaft und unser deutsches Volk. Daran denkt leider das profitgierige Kapital nicht, es handelt wie eine Frau, die eine Henne schlachtet, die ihr Eier legen soll.

Wenn wir von den menschlichen Gründen auch absehen, so fordert schon der rein wirtschaftliche Vorteil eine Schonung der Arbeitskraft. Aus Gründen der Vernunft sollte das Unter- nehmertum die rücksichtslose Ausnutzung proletarischer Arbeits- kraft unterlassen, denn es ist unvernünftig, wirtschaftliche Kräfte zu zerstören und zu vernichten, die das Wohl unserer Wirtschaft gewährleisten. Nicht die Vernichtung, sondern die Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskraft muß der Kapitalisten wirtschaftlichen Zweck und Zweck sein! Wenn nicht die Menschlichkeit, so sollte doch die Wirtschaftlichkeit das Unternehmertum zur Umkehr mahnen.

Franz Laustötter.

Achtstundentag, Schwerindustrielle und Reichsarbeitsminister

Wenn irgendeine Arbeitergruppe allen Grund hat, empört zu sein, dann sind es die deutschen Hüttenarbeiter. Ihnen ist durch Vertragsbruch und Gelbrier der schwerindus- triellen Patrioten der Achtstundentag geraubt. Als es den deutschen Schlotbaronen unmöglich gemacht ward, ihre Klau- sucht in Feindesland, in Longwy und Briey weiter zu be- friedigen, führten sie sich mit der altgewohnten Bündnistig- keit wieder auf die eigene Lohnarbeiterchaft, drückten sie deren Lohn und verlängerten sie die Arbeitszeit von acht auf zwölf Stunden. Das heißt, sie stahlen der ohnehin durch Krieg und Hungerbruch ausgepreßten, verelendeten Arbeiter- schaft noch mehr von ihrem großen Brot und ihrem Lebens- glück. Eigentlich kann man den edlen Profitgegnossen aus ihrem verstärkten Raubzug noch nicht einmal einen Vorwurf machen, denn sie folgten nur ihrem Naturtrieb. Wenn ein Raubtier aus- bricht und Menschchen und Gut verwickelt, so ist nicht das Tier, das doch nur seinem Triebe folgt, für das Unheil ver- antwortlich zu machen, sondern die Personen, die zu seiner Ver- wachung angestellt sind. Die Leute, die zur Wändigung und Be- wachung der Raublust der Schwerindustriellen berufen sind, ist die Regierung, richtiger der Reichsarbeitsminister. Dieser ist vor Gott und den Menschen der Hauptschuldige an der entsetzlichen Drangal der Hüttenarbeiter. Hätte sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns den Wünschen des schwerindustriellen Standes nicht so unchristlich dienstbefähigt gezeigt, den Hüttenarbeitern wäre die Verschärfung ihrer Drangal erspart geblieben, sie hätten ihren Kindern ein wenig mehr Brot geben und sich selbst etwas mehr als Menschen leisten können. Diese Tatsache darf nie vergessen werden.

Durch die Schuld des Reichsarbeitsministers ist die deutsche Hüttenarbeiterchaft in einen Zustand gebracht, wie er in keinem andern Industriestaat in dieser Qualvolle auch nur annähernd besteht. Nur um den Schwerindustriellen die Aufrechterhaltung der Betriebe, um die deutsche Wirtschaft auszubauen, um die Preise senken zu können, sollte die Arbeitszeit — vorübergehend — verlängert werden. Die gutmütige Arbeiterschaft bringt nun seit Jahr und Tag das schwere Opfer. Seit Jahr und Tag hungert sie und schaut sie in unmenslicher Weise. Für was, für wen? Nun, die Schwerindustrie schützt fettere Dividende aus, ihre Herren sind noch anmaßender ge- worden, das Spiel von der Notwendigkeit, die nationale Wirtschaft auszubauen, kommt immer fort und wird bis zum Nimmerleinstag tönen, und von einer Preislenkung hat die Verbraucherchaft noch verteuert wenig gemerkt. Die Arbeiter haben das schwere Opfer nur für die Schwerreichen gebracht. Wenn es aber ja Betriebe oder Industriezweige geben sollte, die sich nur dadurch glauben am Leben erhalten zu können, daß die Arbeiterchaft ausgehungert, an Gut und Ge- sundheit maßlos geschädigt, vernichtet wird, so haben diese Be- triebe oder Industriezweige das Recht aus Dasein ver- wirft und sie haben die Tore zu schließen. Die ausländische Hüttenindustrie blüht und gedeiht beim Acht- stundentag und zahlt meist auch höhere Löhne. Das muß auch der deutschen Hüttenindustrie möglich sein, wenn aber ja nicht, dann kann es nur an der Unfähigkeit der Industriellen, ihre Betriebe rationell zu betreiben, liegen oder an ihrer überdurch- schnittlichen Profitgier. Um sie zur Bescheidenheit zu erziehen und ihnen die nötige Vertiefung in die Warenherzeu- gungsgeschäft beizubringen, dazu ist der Achtstundentag vorzüglich geeignet.

Die Wiedereinführung des Achtstundentages ist aber nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom rein menschlichen Standpunkte eine äußerst dringliche Notwendigkeit. Der Reichs- arbeitsminister Dr. Brauns hätte dieses menschliche und wirt- schaftliche Erfordernis in der Hüttenindustrie längst aus eigenem Erfassen können, denn der § 7 der heillos berühmten Arbeits- zeitverordnung bevollmächtigt ihn ausdrücklich dazu. Dort heißt es, daß die Überschreitung des Achtstundentages

„für Gewerbebezirke oder Gruppen von Arbeitern, die unter be- sonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen... ausgesetzt sind“, nur zulässig ist, „wenn die Überschreitung aus Grün- den des Gemeinwohls dringlich erforderlich ist oder wenn sie sich in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt. Der Reichsarbeits- minister bestimmt, für welche Gewerbebezirke oder Gruppen von Arbeitern diese Beschränkung Platz greift.“

Die famose Arbeitszeitverordnung mit dieser Vollmacht für den Reichsarbeitsminister besetzt nun über ein Jahr, aber der Minister hat noch immer nicht den Mut gefunden, von seinem Rechte zugunsten einer elend geschundenen Arbeiterchaft Ge- brauch zu machen. Die erschütternde Dual der Hüttenarbeiter ließ ihn kalt, für ihre Schreie nach Beendigung der Drangal hatte er kein Ohr. Um so weiter waren Herz und Ohren des christlichen Ministers für die schwerreichen Schlotbarone ge- öffnet. Deren Wünsche anzuhören und in Erwägung zu ziehen, hatte er immer Zeit. Er ließ sich in einem fort Gutachten er- stecken — Gutachten über was? Ob der Industrie, das heißt den Milliardären ein „Opfer“ zugemutet werden könne oder ob die armen Teufel von Proleten noch weiter zwölf Stunden zur Füllung der Taschen der glücklichsten aller Deutschnieder- schichten sollten? Mit der Gutachten ging es bis kurz vor die Reichstagswahl. Die Stimmen der christlichen Proleten wurden gebraucht. Die Wiedereinführung des Achtstundentages wurde nun angekündigt — zum 10. Januar. Wer Lust hat, von dem Zentrumminister bis zu dem angegebenen Tage etwas für die Arbeiterchaft zu erwarten, mag es tun. Wir selbst wollen ab- warten.

Das Versprechen des Reichsarbeitsministers hat, wie nicht anders zu erwarten, unsere edlen Profitgenossen sturmläufig gemacht. Der Dörschdorfer Arbeitgeberverband und die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller haben dieser Lage an den Reichstänzer folgendes Telegramm gerichtet:

Ergeben schärfsten Einspruch gegen fortgesetzte missdeutbare Auslassungen des Reichsarbeitsministers in der Öffentlichkeit zur Frage der Arbeitszeit der Hausgewerke. Verhalten Ministers fördert Verwirrung der Gewerkschaften, Ursache in kurzlich ruhig arbeitenden Betrieben hervorgerufen.

Wenn die Dreistigkeit der Schwerindustriellen noch einer Steigerung fähig gewesen wäre, das Telegramm würde sie darstellen. Der gute, der dienstbeständige Reichsarbeitsminister wird, weil er sich vermessend hat, von der Wiedereinführung des Achtstundentages zu reden, von den Industrieherrn leidweibeltartig angefahren und ihm, den himmlisch friedfertigen, gar der Vorwurf gemacht, er — nicht etwa die brutalen Lohnrüder — löse die Betriebsruhe. Dem Minister geschieht ganz recht. Er hat durch seine Vajenherzigkeit erheblich mit beigetragen, die Annäherung der Industrieautokraten zu steigern. Nicht einmal sein jahreanges Entgegenkommen haben sie zu einer glimpflichen Befindlichkeit bestimmt.

Das sich die Schwerindustriellen mit Klauen und Zähnen der Wiedereinführung des Achtstundentages widersetzen, kann nicht wundern. Wo haben sie jemals auf ein Jota ihrer Vorrechte oder auf einen Pfennig von ihrem Profit verzichtet? Als sie die Arbeiter mit 20 3 Stundenlohn abpeisten und die Arbeiter einen Pfennig mehr forderten, heulten diese Schwerknechte, die Industrie könne diese Mehrausgabe nicht tragen, wenn ein Pfennig mehr gefordert wurde. Immer sollte die nationale Wirtschaft gerade an dem einen Pfennig zugrunde gehen. Dabei ist die Wirtschaft immer blühender, sind die Schwerindustriellen immer reicher geworden, nur die Arbeiter sind arm wie Hiob und elend wie Lazarus geblieben. Und wenn heute die Arbeiter 20 Stunden schanzten und um Verminderung der Fronzeit auch nur um fünf Minuten ersuchten, würden die Schwerindustriellen ganz bestimmt wie Berseker heulen: Die nationale Wirtschaft geht zugrunde!

Die Moral von der Geschichte: Die Schreiererei der Schwerindustriellen über die Begehrlichkeit der Arbeiter wie über die Bedrohung der nationalen Wirtschaft ist schon sehr lange viel zu einseitig und viel zu durchsichtig, als daß man sich dabei noch irgendwie aufhalten darf. Wenn irgendein Stand begehrlich ist, irgendeine Unternehmerrgruppe die nationale Wirtschaft bedroht und tatsächlich sehr geschädigt hat, dann eben die Schwerindustriellen. Zu all dem Glanz des Krieges wie der Friedens haben sie von allen Unternehmerrschichten das meiste beigetragen. Das weiß allgemein jedes Kind. Diese Tatsache gebietet, nun dafür zu sorgen, daß diesen Unheilstiftern das Handwerk gelegt wird. Dem Reichsarbeitsminister, dem saumseligen, ist im Reichstag deutlich zu sagen, daß er nun endlich das erfüllt, was seines Amtes ist. Mit dem Vertrauen auf Versprechungen und mit der ewigen Dinausdögerung muß es nun einmal aufhören. Die Hüttenarbeiterfrage ist das schändliche Spiel des Arbeiter mit ihrer Geduld, mit ihrer Gesundheit, mit ihrem Leben bis jetzt. Sie hat nicht die geringste Lust mehr, sich noch weiter zu opfern, um den Vorteil einer maßlos habgierigen Sippe zu füllen. Der Achtstundentag muß unbedingt und sofort wieder eingeführt werden. Wenn nicht durch den Reichstag, dann durch den Volkswahltag.

Sie sparen den Verbandsbeitrag!

Zum Vorteil des Unternehmers

Die Firma beschäftigt 800 bis 1200 Arbeiter. Ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ zeigt sich auch darin, daß sie zwei Mitglieder des Betriebsrates von der Arbeit freigestellt hat. Als die Höhe der Arbeiter im Juli 1923 immer größer wurde, erklärte sie mehrmals dem Betriebsrat und auch in Betriebsversammlungen, daß sie die Forderung der Arbeiterfrage vollkommen würdige und bereit sei, auch ihren Kräfte Abhilfe zu schaffen. Sie ließ durch den Betriebsrat Korrosion, Schwamz und andere Lebensmittel verteilen. Dem Betriebsrat wurde von der Zubereitung mehrmals angetragen, daß die niedrigen Löhne dadurch gesteigert werden, daß die Vertreter der Gewerkschaften bei dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie, dem die Firma angehört, nicht genügend die Sache der Arbeiter vertreten. Einmal Tages besief die Firma sogar neben dem Betriebsrat den Vorsitzenden des Ortsausschusses des DGB nach dem Betriebsrat und erklärte, gegen die niedrige Lohnbefestigung durch ein Schreiben an den Arbeitgeberverband Einspruch erheben zu wollen. Die Arbeitervertreter waren darüber sehr erfreut, und das Schreiben ging an den Arbeitgeberverband ab, unterzeichnet von der Leitung der Firma und dem Betriebsrat sowie dem — Vorsitzenden des DGB. Einen Erfolg hatte das Schreiben zwar nicht, aber die Arbeiterfreundschaft ihrer Firma, zumal diese in der höchsten Inflationsperiode einigen Bruch mehr als den von den Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Mindest-

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Knege (Schluß)

Flughelfungen und dem Gebiet der Flugzeuge. — **Plattenergebnisse.** — **Über die Möglichkeit der Ausfindung neuer Flugzeugtypen.** — **Wesentliche Ergebnisse der Versuche.** — **Wissenschaftliche Grundlagen für den Flugzeugbau.**

Die Höchstleistungen auf dem Gebiet der Flugzeuge sind sehr zahlreich. Nach dem Ausbruch der ersten Luftkriege konnte man mindestens 40 Namen nennen, von denen die einen auf Ausfindungszwecke zu rechnen, die anderen auf Verbesserungen, wieder andere auf Verbesserungen zu rechnen. In jeder dieser Gruppen gibt es jedoch eine Anzahl hervorragender, so unter anderem man zum Beispiel die Höchstleistungen auf dem Gebiet der Flugzeuge von 100 km, von 200 km, 500 km und bis fast 600 km. Die Höhen- und Dauerleistungen werden wieder unterteilt in bezug auf das niedrigste Flugzeug, das zwischen 250 und 3000 kg lasten kann. In regelmäßiger Hinsicht sind alle diese Leistungen beachtlich, denn es ist klar, daß wenn zwei gleiche Höchstleistungen erreicht werden, die eine auf einer Strecke von 200 km und die andere auf einer letzten von 600 km, die letztere ein viel größeres Verdienst darstellt, das Flugzeug sowohl als auch der Flieger. Es kann sich hier in diesem kurzen Bericht nicht um die verschiedenen Details, die hier nicht möglich sind, handeln, sondern nur auf die vier Hauptgruppen dieser Leistungen: Entdeckung neuer Flugzeugtypen, Flugzeugbau, Ausfindung, Flugzeuge und große Höchstleistungen, und zwar seien nur die höchsten Leistungen erwähnt, welche erreicht ohne Rücksicht auf die besonderen Umstände, unter welchen sie erzielt wurden. Das die große Flugzeuge ohne Zwischenlandung ausfinden, ist die erste Erwähnung auf das Jahr 1906 zurückzuführen. Das erste Jahr gelang es, das 1. km erreicht wurde (Dona-Jarman); nach im gleichen Jahr wurde der Rekord von 10 km erzielt. Von dieser Zeit

lohn zahlte und besondere Zulagen an Lebensmittel gewährt. Im November 1923 wurde endlich von den Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband ein werblichänder Lohn auch für die (Stadt) K. vereinbart, und zwar in Höhe von 27 3 Spitzenlohn die Stunde. Die Betriebsleitung der „Arbeiterfreundlichen“ Firma erklärte sofort dem Betriebsrat, dieser Lohn sei — zu niedrig, sie könne zwar den Stundenlohn nicht erhöhen, sei aber bereit, anstatt — 8 Stunden 10 Stunden zu arbeiten zu lassen, denn dadurch verdienen ja die Arbeiter täglich 2x27=54 3, in der Woche gar 324 M. mehr. Die Gewerkschaft könne den Arbeitern bei dem Währungsunfall auch nicht helfen, denn auch die Kästen der Gewerkschaften seien leer. Deshalb wolle es richtig, wenn die Belegschaft des Betriebes den — Beitrag an die Gewerkschaft spare. Durch diese Einsparnis und mit der Mehrarbeit von täglich 2 Stunden werde der Wochenverdienst der Arbeiter des Betriebes um etwa 4 M. erhöht werden. Die Belegschaft stimmte nach mehrmaliger Abstimmung dem Verlangen der Firma zu. Die Zahl der Organisierten im Betrieb sank weit herunter.

Als der Gewerkschaftsvertreter eines Tages die Firma darauf aufmerksam machte, daß durch eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband die Arbeitszeit nur bis 9 Stunden festgesetzt werden könne und bei zehnstündiger Arbeitszeit die Zustimmung der Betriebsleitung begn. der Belegschaft notwendig sei, erklärte freundlich lächelnd der Direktor, er habe genau feststellen lassen, wieviel Organisierte im Betrieb vorhanden seien. Da die Gewerkschaft nur einen sehr geringen Hundertsatz der Belegschaft vertrete, könne sie auch nicht in deren Namen eine Forderung auf Änderung der zehnstündigen Arbeitszeit stellen. Die Belegschaft sah sich aufeinander auch glücklich bei der zehnstündigen Arbeitszeit und der Lohnhöhe.

Witte Mai stellte die Gewerkschaft Forderungen auf Lohn-erhöhung. Die Löhne waren in den vorangehenden Monaten in K. bis auf 36 3 durch die Gewerkschaft mit dem Arbeitgeberverband festgelegt worden. Anlässlich der neuen Forderung auf Lohn-erhöhung an den Arbeitgeberverband erklärte der Betriebsleiter der „Arbeiterfreundlichen“ Firma seiner Organisationsleitung, er könne die vereinbarten Löhne nicht bezahlen und müsse deshalb seinen Austritt aus dem Arbeitgeberverband erklären. Darauf aufmerksam gemacht, daß dies durch Verbandsstatut erst Ende des laufenden Jahres möglich sei, erklärte der Direktor, dann erfolge der Austritt der Firma eben erst Ende des Jahres, über die Lohnhöhe in keinem Betrieb werde er dann aber mit keiner Belegschaft sprechen. Dem Betriebsrat wurde nunmehr erklärt, daß die Firma nicht in der Lage sei, die von der Gewerkschaft mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Löhne zu zahlen. Sollte der Betrieb nicht geschlossen werden, so müßten sich die Arbeiter mit folgenden von der Firma festgesetzten Stundenlöhnen begnügen: Geschulte Arbeiter 36 3, minder geschulte 34 3, die übrigen 32 3. Der vertragliche Stundenlohn aber betrug 40 3. Somit belaufen die geschulten Arbeiter der „Arbeiterfreundlichen“ Firma 4 3 die Stunde oder 2,40 M. die Woche, die minder geschulten 3 3 die Stunde oder 3,60 M. die Woche, die übrigen 3 3 die Stunde oder 4,80 M. die Woche weniger, als sie nach der Vereinbarung der Gewerkschaft mit dem Arbeitgeberverband hätten bekommen müssen. Dafür aber sparte die firmen Arbeiter den Verbandsbeitrag! Selbst ein Geschäft — für den Unternehmer. Das Sparen des Verbandsbeitrages kommt, wie man aus nähere sieht, den Profiteuren verdamm-licher zu stehen.

Dies mag vielleicht auch schließlich den Arbeitern dieser hochherzigen Firma gebührend sein. Aber sie hatten ihre treue Hilfe, die Gewerkschaft, schade im Stich gelassen, standen nun schuldig, konnten sich der Forderung des Unternehmers nicht widersetzen. Aus Furcht vor Entlassung erklärte sich die ganze Belegschaft mit dem Vorstoß der Firma einverstanden. Nachdem sie die Zustimmung der Belegschaft für die Belegschaft erklärt, erklärte sie, die „Arbeiterfreundliche“ Firma, mit einem Male, jetzt seien so viel Aufträge vorhanden, daß Schichtarbeit eingeführt werden müsse, besonders für die Frauen in der Jurtagerei. Da der Betriebsrat die Nacharbeit der Arbeiterinnen befürwortete, er hatte auch die Einrichtung einer Betriebskrankenkasse befürwortet, belam die Firma die notwendige Genehmigung von der Gewerbeaufsichtsbehörde.

Die Gewerkschaft erhob Beschwerde, da die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Nachtzeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens einen sozialen Rückschritt gegen die Vorkriegsverhältnisse bedeutete. Sie hatte damit bei der zuständigen Behörde Erfolg. Kammer erklärte die „Arbeiterfreundliche“ Betriebsleitung ihrer Belegschaft, daß, nachdem die Frauen nicht mehr des Nachts arbeiten dürften, auch für die Männer keine Arbeit mehr vorhanden sei. Sie wolle zwar nicht gleich den gesamten Betrieb schließen, aber Arbeit sei nur noch für 3 Tage je 10 Stunden in der Woche vorhanden. Die eine Hälfte der Belegschaft arbeitete von Montag bis Mittwoch, die andere von Donnerstag bis Sonnabend je 10 Stunden. Die Frauen behaupten, daß dies ebenfalls als „Arbeiterfreundliche“ Beweggründen von der Firma angeordnet worden sei. Zugewiesen scheint die Beschäftigung wieder besser geworden zu sein, aber die Lohnhöhe, die inzwischen von der Gewerkschaft mit dem Arbeitgeberverband für K. auf 42 3 festgesetzt wurde, wird von der eben Firma nicht bezahlt.

Der Lohnsatz der jeweiligen Parteien vereinbart wurde, er auch für den Bezirk K. jeweils verbindlich erklärt worden, wodurch er natürlich auch für die Belegschaft des „Arbeiterfreundlichen“ Betriebes rechtsgültig ist. Es hat sich aber auf die Aufforderung der Gewerkschaft aus Furcht vor Entlassung kein Arbeiter gefanden, der durch Hilfe beim Gewerbegericht den ihm zuzehenden Lohn einfordert. Im Gegenteil, die Arbeiter der anderen Metallbetriebe des Ortes haben alle Klage, ihre Betriebsleiter haben davon zu überzeugen, daß bei ihnen eine ähnliche „Arbeiterfreundlichkeit“ oder eine solche „Betriebsgemeinschaft“ jeweils jeder Erörterung liegt.

an Trägern sich die Erfahrungen schnell. Am 31. Dezember 1908 gelang es Wilbur Wright, ohne Anhalten eine Strecke von 100 km zu fliegen, im folgenden Jahre überstieg Jarman 200 km, 1910 betrug die Höchstleistung 500 km und 1912 bereits 1000 km. Durch den Krieg wurde das Streben nach immer größeren Leistungen durchaus nicht unterbrochen, nur liefen 2 an den allmählichen Gewinnen. Im Jahre 1920 erreichten Bessemer und Howard die Grenze von 2000 km, und 1923 gelang es dem amerikanischen Flieger Snow und Richter, über 5300 km zu fliegen, ohne eine Zwischenlandung vorzunehmen zu müssen. Mit Bezug auf den größten Versuch mit der Verwendung ganz ähnlicher Art: 21 Stunden im Jahre 1906 (Samuel Dunant), die Minze wird im Jahre 1908 durch Jarman erreicht, die Weltrekord wurde im gleichen Jahre von dem Franzosen Delagrange erzielt, im Jahre 1909 flieg Jarman länger als 3 Stunden, 5 Stunden bis die Höchstleistung im Jahre 1910 und mehr als 10 Stunden im Jahre 1911. Im Jahre 1913, kurz vor Beginn des Weltkrieges, flog ein Deutscher, Helmut Hirt, mehr als 21 Stunden in den Höhen. Diese Leistung wird 1922 von einem Franzosen gebrochen, der 31 Stunden ununterbrochen fliegen konnte, und die letzte, von dem Amerikaner erzielte Höchstleistung beträgt 37 Stunden. Nun zu den Verbesserungen. Die erste Erhöhung geht auf das Jahr 1909 zurück, wo Peilham sich auf 150 m erhob; nach im gleichen Jahre flog Lambert auf 300 m. In Beginn des Jahres 1910 erreichte Dunant die 1000-m-Grenze und im kisten Jahre flog der Amerikaner Dargel auf 2000 m. Zwei Jahre später erhob sich Peilham auf 3000 m, und im Jahre 1920 wurde die 10000-m-Erhöhung in den Vereinigten Staaten erzielt. Das endlich die Höchstleistungen betreffen, so wurde wieder Samuel Dunant im Jahre 1907 zum ersten Mal genannt, als er eine Stundenleistungsdauer von 41 km erzielte. Die 50 km wurden 1907 überfliegen, die 100 km 1908, die 200 im Jahre 1913, die 300 im Jahre 1920 und die 400 km im Jahre 1923. Der Rekordmann ist jetzt der Amerikaner Williams mit 429 km.

Das Platin besitzt wegen seiner physikalischen und chemischen Eigenschaften sowohl für die Wissenschaft als auch für die Technik eine besondere Bedeutung. In den Laboratorien und industriellen

Zugzwang erlaubtes Kampfmittel

Entscheidung des Oberlandesgerichts in Raumburg

An den vom Deutschen Metallarbeiter-Verband veranfaßten Dreiwochenkurs für Betriebsräte nahm auch ein Mitglied teil, das als Schlichter in einer Feilenfabrik beschäftigt war. Die Firma hatte den Urlaub zum Besuch des Kurzes verweigert und lehnte auch den Kauf der drei Wochen die weitere Beschäftigung des Schlichters, an dessen Stelle ein anderer eingestellt worden war, ab. Die Belegschaft betrachtete die Entlassung des Schlichters als Maßregelung und verlangte durch die örtliche Verwaltung die Verhängung der Sperre über diese Firma in der Metallarbeiter-Zeitung. Zugleich kündigten die übrigen Arbeiter mit Einschluß des neu eingestellten Schlichters die Firma belam infolge der Zugzwangswarnung trotz mehrfachen Anzeige in Zeitungen und trotz Anmeldung bei mehreren Arbeiternachweiser längere Zeit keine Leute. Wegen des dadurch entstandenen Schadens verklagte die Firma die örtliche Verwaltung des OVB, von welcher die Sperrenmaßregelung veranlaßt worden war, auf Schadensersatz, und zwar für die ganze Zeit des Erscheinens jener Notiz in der MZ. Vom Landgericht Magdeburg war die Firma mit der Klage abgewiesen worden. Sie legte beim Oberlandesgericht Raumburg Berufung ein. Der zweite Zivilsenat des Oberlandesgerichts war am 4. November 1924 die folgende Entscheidung:

In der Metallarbeiter-Zeitung ist unter dem Abdruck: Im Beachtung! Zugang ist fernhalten! auch die Klagerin verzeichnet; als Grund „M.“ — Maßregelung — angegeben. Die Klagerin bestreitet, daß sie für diesen Ausdruck verantwortlich sind. Die Klagerin behauptet auch selbst nur, daß die Klagerin einen Bericht in die Zeitung erstattet haben. Aber den Inhalt sagt sie nichts, kann sie auch nichts wissen. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, aus dem „M.“ (Maßregelung), das die Zeitung selbst eingedruckt haben wird, Schlüsse auf den Inhalt des Berichtes zu ziehen. Wenn auch das Wort Maßregelung eine unerbittliche, strafende Maßnahme bedeutet und den Sachverhalt objektiv unrichtig wiedergibt, da die Entlassung K.s nach der Entscheidung des Gewerbegerichts zu Recht erfolgt ist, eine durch das Recht nicht gebotene Maßnahme der Klagerin also nicht vorlag, so ist doch aus dem Ausdruck allein nicht festzustellen, daß der Bericht der Klagerin bewußt wahrheitswidrig abgefaßt gewesen sein müßte. Die Klagerin behauptet, daß sie von Maßregelung auch schon dann sprechen, wenn beachtliche Interessen verletzt werden, selbst wenn diese keinen rechtlichen Gehalt haben, wie hier die Absicht, einem geeigneten Arbeiter die Teilnahme an einem Betriebsrätekursus zu ermöglichen.

Der Senat rechnet allerdings nicht damit, daß die Klagerin schon vor diesem Prozeß sich Gedanken über den Begriff des Wortes Maßregelung gemacht haben. Er ist aber davon überzeugt, daß die Klagerin den Ausdruck als unerschuldig nicht anerkannt haben und daher, wenn der Ausdruck sich etwa in dem Bericht der Klagerin finden sollte, die Wahl dieses Ausdruckes ihnen als Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des § 226 BGB nicht anzurechnen ist. Ein „D.“ (Differenz) statt des „M.“ würde übrigens wohl dieselbe Wirkung gehabt haben, so daß kaum anzunehmen ist, daß absichtlich unrichtig ein „M.“ in die Zeitung gesetzt worden ist.

Ein den Klagerin zugerechneter Verstoß gegen die guten Sitten ist daher aus der Verfasslichkeit in der MZ nicht zu entnehmen. Die Zugzwangswarnung selbst muß als ein laubtes Kampfmittel angesehen werden. Das erstrebte Ziel, durch die Maßnahme für die Zukunft geeigneter Arbeiter auch außerhalb des Urlaubs die Teilnahme an einem Kurs zu ermöglichen, kann nicht unbedingt als so verwerflich gelten, daß schon an sich das Verlangen einen Verstoß gegen die guten Sitten bedeutet. Besonders erschwerende begleitende Umstände sind nicht angeführt. Die Maßnahme der Zugzwangswarnung erscheint im Verhältnis zu dem erstrebten Ziel nicht unübermäßig übermäßig hart; aus wirtschaftlichen Rücksichten geht diese Warnung hervor, hat auch diesen Erfolg nicht gehabt. Aus dem Schriftsatz ergibt sich, daß die Klagerin schließlich andere Arbeiter bekommen hat.

Der Schadensersatzanspruch wurde deshalb wegen der Zugzwangswarnung abgewiesen. Er wurde aber gegen zwei Mitglieder der Ortsverwaltung für die Zeit bis zum Abian der Kündigungsschutz der Arbeiter anerkannt, weil diese den neu eingestellten Schlichter bedroht hatten, ihn die Knochen kaputt zu schlagen, wenn er willens wäre. München.

Unorganisierte haben keinen Anspruch auf Tariflohn

Das Gewerbegericht selbst hat kürzlich ein bedeutungsvolles Urteil. Eine Firma verweigerte einem Arbeiter die kurz vorher durch Schiedsgericht festgesetzte Lohn-erhöhung von 17 3 und wurde deswegen verklagt. Die belangte Firma machte geltend, daß der Kläger nicht Mitglied einer der an dem Schiedsgericht beteiligten Parteien sei. Der Kläger könne deswegen aus dem Schiedsgerichts keine Rechte für sich herleiten, denn der Spruch sei wohl für verbindlich, nicht aber für allgemeinerbindlich erklärt worden. In der Urteilsbegründung wird darauf hingewiesen, daß ein Schiedsgericht, gleichgültig, ob eine Unterwerfung unter diesen freiwillig oder gezwungen erfolgt, nur den Streit zwischen den beteiligten Parteien schlichtet. Für nicht Mitglieder der Parteien ist der Schiedspruch wieder geklärt, noch erstreckt sich eine Verbindlichkeitsklärung darauf. Soll der Schiedspruch auch Kreise umfassen, die nicht den beteiligten Parteien angehören, so müßte er für allgemeinerbindlich erklärt werden.

Kraftwagen in Deutschland. Am 1. Juli 1924 wurden insgesamt 293 188 Kraftfahrzeuge gezählt, was gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1923 (212 949) einer Zunahme von 80 239 entspricht. Von der Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge waren rund 232 000 Personenkraftwagen und 61 000 Lastkraftwagen.

Unternehmungen werden beträchtliche Mengen dieses Metalls gebraucht, von dem erst in zweiter Linie in Betracht kommenden Bedarf der Zahnärzte und Goldschmiede ganz zu schweigen. Das Verlangen nach Platin ist dauernd im Zunehmen begriffen, während der Erzeugung Grenzen gesetzt sind; diese hat in den letzten Jahren wegen der politischen Ereignisse in Rußland stark abgenommen, das neben Kolumbien der Hauptlieferant an Platin ist. Das Auswandern der Kräfte hat zu zahlreichen Verlusten geführt, Platinlieferungen ausfindig zu machen. Natürlich gelang es nicht, jene Regierung zu erwidern, die vollkommen dem Platin gleichgültig ist. Dies ist übrigens auch gar nicht notwendig; es genügt schon, wenn in jedem Anwendungsfall aus nur eine der in Betracht kommenden Eigenschaften des Platins ergibt wird. Bei der Herstellung der Nistlampen griff man zuerst auf das Platin zurück, weil es eine Wärmeausdehnungskoeffizient besitzt, die nahezu so groß ist wie jene des Stahles; man konnte so, indem man die kurzen, durch die Glaswand hindurchgehenden Stromzuführungsdrähte aus Platin machte, selbst bei harter Erwärmung die Wärme immer leitfähig halten. Heute benutzt man eine Eisen-Nickel-Legierung, die eine ähnliche Rolle spielt; sie enthält etwa 10 p. h. Nickel und 0,15 p. h. Kobalt. Platin, läßt sich in seinen Drähten ausziehen und kann mit Kupfer und Bismut mit Platin überzogen werden. Für die Herstellung elektrischer Kontaktplatinen, die ehemals aus dem nicht oxydierbaren Platin gemacht wurden, bedient man sich heute des Wolframs, das allerdings immer noch etwas zur Erzeugung neigt, wodurch der Kontakt geändert wird. Das Wolfram zeigt denselben Nachteil. Es läßt sich hier in gewissem Grade Abhilfe schaffen, indem man einen Überzug aus mit Platin legiertem Gold aufbringt. Man hat auch Nickellegierungen versucht, denen Wolfram, Silber, Kupfer oder Wagnon einverleibt wurden. Verhältnismäßig günstig verhält sich eine mit Chrom und ein wenig Wolfram versezte Kobaltlegierung. Doch ist es in all diesen Fällen nicht möglich, eine Operation besonders beim Auftreten kleiner elektrischer Funken zu vermeiden. Von einem vollen Erfolg begleitet war die Auffindung geeigneter Platinlegierungen auf dem Gebiete der elektrischen Heizwendelröhren; hier hat die Verwendung der Chrom-Nickel- und Chrom-Lantallegierungen weite Verbreitung gefunden. Auch zur Herstellung

Der amerikanische Gewerkschaftskongreß

Die internationale Verbrüderung

Unter den 44 Jahreskongressen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes wird der diesjährige als einer der ruhigsten stehen. Es gab keine hitzige Auseinandersetzung, keinen nennenswerten Widerstand gegen die Politik des Bundesvorsitzenden, keine Beamten wurden ohne Gegenkandidaten wiedergewählt, und die Einmütigkeit der Meinungen wird dadurch dargetan, daß nicht eine einzige nennenswerte Abstimmung vonnöten war. Dessen ungeachtet wird dieser Kongreß nachhaltiger als irgendein anderer in dem Bewußtsein der amerikanischen Gewerkschaftsmasse haften. Diese Eindrudsvolle ist weniger darauf zurückzuführen, daß das örtliche gewerkschaftliche Wochenblatt zur täglichen Kongreßzeitung (Convention Daily) umgestaltet wurde und ein wohlbestallter Stab von Zeitungsleuten mit dem federführenden Direktor des Nachrichtendienstes des Bundes, Chester M. Wright, an der Spitze, den Verhandlungsbericht täglich, stündlich nach allen vier Ecken der Welt weiterleitete. Die Eindrudsvolle ist vornehmlich dem Umstand zuzuschreiben, daß dieser Kongreß zu einer internationalen Verbrüderung ward, wie sie der amerikanische Gewerkschaftsbund noch nicht gesehen.

In den Tagen dieses Kongresses sollte das zehnjährige, ebenso mühevoll wie erfolgreiche Zusammenwirken der nordamerikanischen und der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung durch besondere Festlichkeiten die Krönung erhalten, und als ihr Abschluß war eine Reise der Vertreter beider Seiten nach der Hauptstadt Mexikos zum Amtsantritt des Präsidenten in Dallas gedacht. Zu diesem Zwecke hatte der amerikanische Gewerkschaftsbund seinen diesjährigen Kongreß nach dem an der mexikanischen Grenze gelegenen El Paso einberufen und die mexikanischen Gewerkschaften hatten als den Tagungsort ihrer Vertreterversammlung das von El Paso nur durch den Fluß Rio Grande getrennte Cuarez erkorren. Am 17. November, dem Eröffnungstage der Beratungen, zog der mexikanische Kongreß 1000 Mann stark über klingendem Spiel und fliegenden Fahnen zur internationalen Brücke, wo er mit dem Empfangsausschuß des amerikanischen Kongresses erwartet wurde. Der Zug wie die Begeisterung seiner Teilnehmer wurde indes eiliche Male geheimt durch den scharfspühenden Einwanderungsinspektor, der befürchtete, es könnten sich bei dieser Gelegenheit unerwünschte Bürger ins „Land der Freien und der Tapfern“ mit einschleichen. Abgesehen von amerikanischen Gewerkschaftsvertretern Zweifel auf, ob alle, die da über die Brücke heranzogen, vollwertige „brüderliche Delegaten“ seien. Die Zweifel wurden dadurch entsetzt, daß viele der Zugteilnehmer sich mit ihrer Kleidung weit unter dem Standard des amerikanischen Gentleman bewegten. Neben Männern und Frauen im neuesten Schnitt kamen Leute in Sandalen oder barfuß oder mit einem Umschlag über den Rücken. Dort, wo manche einen Halbzylinder trugen, hatten sich andere ein großmächtiges Strohdach gesetzt. Auch sahen ein paar wie Chinesen (denen der Eintritt strengstens verboten) aus, andere wieder hatten ein jugendliches Äußeres, daß sie, nach amerikanischem Begriff, unmöglich Gewerkschaftsangehörige sein konnten. Zum Glück gelang es allen, durch ein Stück Papier nachzuweisen, daß sie „in good standing“ waren, was den Einwanderungsinspektor als auch die Kongreßordner schließlich doch bestimmte, eine nachsichtige Auffassung an den Tag zu legen.

In der Liberty Hall, dem amerikanischen Kongreßsaal, wurde den mexikanischen Genossen ein stürmischer Willkomm bereitet. Die Musikbände spielten die beiden Nationalhymnen, die Begeisterung war nicht weniger laut. Als die beiderseitigen Begrüßungsworte verklungen, rief der Präsident Comper und die mexikanischen Abgeordneten die Abgeordneten von Deutschland, England und Kanada zu sich auf die Bühne, allwo sie sich gegenseitig die Hände reichten. Ob dieses Bildes wollte die Begeisterung schier kein Ende nehmen. Andern Tages begab sich ein Teil des amerikanischen Kongresses über die Brücke nach Cuarez zum mexikanischen Kongreß, wo die Verbrüderung nicht weniger herzlich und noch etwas bilderreicher war. Der wechselseitige Verkehr ist während der ganzen Kongreßzeit überaus lebhaft gewesen.

Wie auf allen früheren Kongressen, so waren auch diesmal Abgeordnete der Gewerkschaften Englands und Kanadas erschienen. Zu ihnen gesellte sich in El Paso — zum ersten Male in der amerikanischen Gewerkschaftsgeschichte — ein Abgesandter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der deutsche Vertreter, Peter Graßmann, wurde nicht nur von den amerikanischen Gewerkschaftsvertretern, sondern auch von der Presse El Pisos mit seltener Herzlichkeit aufgenommen, die den Söhnen des dunkeln Sann eigen ist. Die meisten Zeitungen brachten sein Bild, von freundlich erklärenden Aufsätzen unrahmt. Es muß erwartet werden, daß aus diesem Besuche ein freundlicheres Verhältnis

zwischen der deutschen und der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sprichend wird. Bezüglich der Zusammenarbeit mit der Amerikaner Weltgemeinschaft heißt es an einer Stelle der Gomperschen Rede:

Wir sind eifrig bestrebt, uns einer internationalen Arbeiterbewegung anzuschließen, die auf den gleichen Grundlagen und der Freiwilligkeit (wie die unsrige) beruht. Wir sind gewillt, zusammenzuwirken, wenn uns eine Grundlage gesichert werden kann, die uns befähigt, unsere Eigenheit (egrity) zu erhalten — eine unerlässliche Voraussetzung für unsere eigene Männlichkeit und ständigen Fortschritt.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat die schädlichen Wirkungen der schweren Wirtschaftskrise der Jahre 1921 und 1922 noch nicht wieder wettmachen können. Seine Mitgliederzahl, die von 1920 bis 1923 von 4 130 000 auf 3 018 000 sank, ist im Jahre 1924 noch weiter, auf 2 865 000 gesunken. Diese Durchschnittszahl dürfte sich jedoch bis heute um einige Hunderttausend gebessert haben, da in ihr die Haufen neuer Mitglieder nicht ausgedrückt sind, für die erst in den letzten Monaten die Beiträge oder noch gar keine an die Bundeskasse entrichtet wurden. Die Mitgliedschaft verteilt sich auf 107 nationale Verbände mit 32 157 Ortsgruppen. Weiter verdient aus dem Jahresbericht des Bundesvorsitzenden mitgeteilt zu werden, daß die Gesamteinnahme der Bundeskasse (1923/24) 512 000 Dollar betrug, der eine Ausgabe von 500 028 Dollar gegenübersteht. Das Jahresgehalt des Bundespräsidenten beträgt 12 000 Dollar oder 50 400 M. Zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaften wurden 27 110 Dollar aufgebracht.

Fortführung der „parteilosen Politik“

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit war darauf gerichtet, wie sich der Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften zur Gründung einer Arbeiterpartei stellen werde. Bekanntlich hat die Bundesleitung, entgegen ihrer früher streng befolgten Haltung, bei der letzten Präsidentenwahl die Mitglieder ausdrücklich aufgefordert, die neue dritte Partei, die fortschrittliche genannt, zu unterstützen. Von diesem Versuch ist die Bundesleitung inzwischen abgetommen, wie der Sonderbericht zeigt, den sie zu dieser Frage dem Kongreß vorlegte. Wir zitieren ein paar Sätze des Berichtes, um erkennen zu lassen, welchen Sinnes die Leitung wie die Mehrheit der Mitglieder in Sachen parteipolitischer Tätigkeit sind:

In dem Verfolg unseres ehrbaren Strebens, die Rechte und Belange der großen Masse unseres Volkes zu schützen und zu fördern, kam für uns weniger Parteihängege als die Erlangung praktischer Erfolge in Betracht. Wir sind Anhänger von Grundgedanken, nicht einer politischen Partei. Die amerikanische Arbeiterbewegung muß, wenn sie ihrer Mission, die Rechte, Belange und die Wohlfahrt des amerikanischen Volkes und seiner Lohnarbeiter zu fördern und zu schützen, treu bleiben will, jetzt so wie in der Vergangenheit frei bleiben von politischer Parteilichkeit...

Die Ausdehnung unseres parteilosen politischen Verfahrens wird uns nicht nur gewinnen die Beseitigung aller fortschrittlich gesinnten Gruppen, sondern wird auch die Lohnarbeiter unseres Landes in den Stand setzen, die politischen Strömungen und Bestrebungen unserer Nation, unserer Staaten und Gemeinden zu bestimmen, ohne die Notwendigkeit, uns selbst mit dem Kommen und Gehen irgendeiner politischen Partei oder Gruppe zu beschäftigen.

Es ist wesentlich, daß die parteilose politische Maschinerie des Gewerkschaftsbundes tätig bleibt zur Unterstützung von Männern für öffentliche Ämter, die wirklich der Sache unseres Volkes wie der der Arbeiterklasse im besonderen entsprechen, als auch, um für die Arbeiterklasse die Pflicht zu sein, daß jene Männer, die von der Arbeiterklasse (in der politischen Wahl) unterstützt worden sind, ihren Versprechen treu bleiben.

Der Antrag, der die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei verlangte, wurde mit überwältigender Mehrheit verworfen. Gegen die Fortführung der bisher geübten „parteilosen Politik“ erhoben sich nur drei Stimmen. In der fast einstimmig angenommenen Entscheidung, die sich für die „parteilose Politik“ (non-partisan political policy) ausspricht, heißt es unter anderem: „Unsere parteilose Politik bedeutet nicht, daß wir uns um die politischen Parteien und ihre Haltung nicht kümmern sollen, wohl aber hat sie den Zweck, die Arbeiterklasse zu veranlassen, alle politischen Parteien zu brauchen, sich selbst aber von keiner Partei brauchen zu lassen... Kein Verfahren hat mehr getan, die Macht des Lohnarbeiters und seinen Einfluß auf den Wandel der Ordnung zu erhöhen, als die gewerkschaftliche parteilose Politik.“

Gegen die Entscheidung wendete Max Hayes, der Clevelander Buchdrucker, ein, durch sie werde nur das üble Spiel der alten Parteien mit der Arbeiterklasse verlängert, wogegen einer der Bundesvorsitzenden, Boll, meinte, man solle nicht Regenbogen nachlaufen, sondern auf dem Wege des Praktischen bleiben.

Der Kongreß bekräftigte durch einen Beschluß sein Einverständnis mit dem jetzt geltenden (den Zugzug stark ein-

chränken) Einwanderungsgesetz. Der Vorstand wurde angewiesen, den Versuchen, die jetzige Zugzugsbeschränkung zu mildern, rüchstandslos Widerstand entgegenzusetzen. Die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Lebensversicherung wurde beschlossen. Die Lebensversicherung sei das sicherste und einträglichste Geschäft der Welt. Es heiße kein großes Kapital, berge keinerlei Risiko und könne nicht schlagfallen. Die amerikanischen Lebensversicherungen schütteten alljährlich 18 bis 22 vH Dividende aus und wüßten trotzdem nicht, wozu mit dem Überschuß. Infolgedessen wurde den Verbänden nahegelegt, einzeln oder gemeinsam sich zu einer Versicherung zusammenzutun.

Um das gegenseitige Verständnis der beiden Gewerkschaftsbewegungen zu beiden Seiten des Rio Grande wirksam zu fördern, als auch ihr Zusammenwirken noch mehr zu festigen, wurde eine Einrichtung ins Leben gerufen, deren Zweck es ist, den Austausch von Gewerkschaftsstudenten zwischen Mexiko und Nordamerika zu pflegen. Die organisatorischen Einzelheiten zu treffen, wurde dem Bundesvorstand überlassen. Die Einrichtung wurde zu Ehren des (nun verstorbenen) Präsidenten des amerikanischen Bundes der Gompers Memorial Fellowship getauft.

Eine für europäische Gewerkschafter seltsamer Vorgang verdient noch hier mitgeteilt zu werden, nämlich die Förderung der Gewerkschaftsbewegung durch die Kirche. Alle Konfessionen — katholische, protestantische und jüdische — des Kongreßortes stellten den Gewerkschaftsvertretern ihre Kanzeln zur Verfügung ihrer Bestrebungen zur Verfügung. Eine ziemlich Anzahl von Gewerkschaftsführern machte von dem Angebot Gebrauch, und unter den kanzelredenden Gewerkschaftern war der fortschrittliche Flügel in der Mehrzahl. Ein namhafter kirchlicher Würdenträger sprach den Wunsch aus, der Vorgang möge eine dauernde Einrichtung aller gewerkschaftlichen Tagungen bleiben, denn die Kirche (die nordamerikanische, versteht sich, Schriftl. d. M.) wirke auf Grund ihres Glaubens so wie die Gewerkschaften für den Mindestlohn und industrielle Demokratie, als auch für höchste Entlohnung und kürzeste Arbeitszeit und für einen allgerichtetsten Anteil des Arbeiters an dem Ertrag und Gewinn.

Nach achtstägiger Dauer hatte der 44. Kongreß seine Obliegenheiten erfüllt. 321 Vertreter hatten sich für die Reise nach Mexiko vormerken lassen. In zwei Sonderzügen fuhrn sie mit den mexikanischen Kongreßgenossen zur Hauptstadt Mexikos, um „ihren Präsidenten“ in sein Amt zu geleiten.

Rationaleinkommen und Steuerlast Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Das Rationaleinkommen Englands, das die jährliche Einkommen der ganzen Bevölkerung, ohne die Zinsen der inländischen Staatsschulden und die Kriegspensionen (die eigentlich keinen Teil des Rationaleinkommens bilden, da sie einfach nur von der einen Schicht der Bevölkerung auf die andere übertragen werden), wurde von der Zeitschrift Economist für das Jahr 1923 auf 3470 Millionen Pfund geschätzt. Für das Jahr 1913 wurde ein Rationaleinkommen von 2200 Millionen Pfund festgestellt. Angesichts der Erhöhung der Warenpreise um ungefähr 56 vH ist demnach in England ein wenn auch geringes Sinken des Rationaleinkommens im Vergleich zur Vorkriegszeit zu verzeichnen. Von dem englischen Rationaleinkommen wurden im Jahre 1923 18,8 vH weggeheuert (nur staatliche Steuern), zweieinhalbmal soviel wie vor dem Krieg, wo nur 7 vH des Rationaleinkommens in die Steuerkassen fließen. Gegenüber 1922 war jedoch die Besteuerungslast milder; sie betrug 1922 22,2 vH des Rationaleinkommens, das in diesem Jahre wesentlich geringer war als 1923. — Das Rationaleinkommen der Vereinigten Staaten wurde für das Jahr 1923 auf 60 1/2 Milliarden Dollars geschätzt. Davon wurden in diesem Jahre 11,6 vH vom Staat weggeheuert. Bei diesem Prozentsatz werden aber auch die direkten Steuern eingerechnet. Vor dem Krieg betrug dort die gesamte Steuerlast nur 6,4 vH des Rationaleinkommens. Immerhin fiel in Amerika die Steuerlast in den letzten zwei Jahren sehr beträchtlich. — Das nationale Einkommen Frankreichs wird für das Jahr 1923 auf 140 Milliarden Franken berechnet, der letztjährige Steuerertrag betrug 22,6 Milliarden, woraus sich für Frankreich eine Steuerlast von 16 vH des Rationaleinkommens für das Jahr 1923 ergibt. In allen diesen Ländern ist demzufolge eine große Steuerbelastung zu verzeichnen, die sich jedoch auf die Schultern der Bevölkerung ganz verschieden verteilt. In England entfällt der Hauptteil auf die Einkommen, in Frankreich auf Verbrauchssteuern. In den Vereinigten Staaten gab es vor dem Krieg ausschließlich nur Verbrauchssteuern und Zölle für die Besteuerung der Bundesausgaben; seit dem Krieg wurden aber auch dort Einkommensteuern in beträchtlicher Höhe eingeführt.

Arbeiterbank in Belgien. Die Arbeiterpartei Belgiens hat in Brüssel unter dem Namen Comptoir de Depots et de Prêts eine Genossenschaftsbank eröffnet, von der die Gründer und die Leiter sich die besten Ergebnisse versprechen. Bei der Einweihung ging der Parteiführer Vandervelde auf die Bedeutung der Finanzfrage ein und sagte, gegen die Großbanken sei die beste Waffe die, deren sich die Segner auch bedienen: alle verfügbaren Gelder der Arbeiterklasse müssen in die von ihr selbst gegründeten Banken zusammenfließen. Zuerst hätte es sich darum gehandelt, Konsumgenossenschaften zu gründen, an zweiter Stelle kommen die Produktgenossenschaften, und erst in der Reihe an den Bankgenossenschaften.

der Pyrometer, mit denen sich hohe Temperaturen messen lassen, werden diese Stoffe heute viel verwendet. Handelt es sich um Präzisionsapparate, so wird man nach wie vor das erforderliche Thermopaar aus Platin und Iridium machen, für Fabrikpyrometer genügen die oben erwähnten Legierungen aus Chrom und Nickel, die dauernd bei Temperaturen von etwa 1000 Grad und vorübergehend bis 1300 Grad zu verwenden sind. Eine Legierung von 98 vH Nickel und 2 vH Aluminium hat sich hier ebenfalls bewährt. In der chemischen Industrie müssen die Stoffe, welche Platin erzeugen sollen, einestheils Unangreifbarkeit gegenüber Säuren und Laugen aufweisen, andernteils dürfen sie sich bei höheren Temperaturen nicht verändern. Die Abwampfen zur Konzentration der Schwefel- und Salpetersäure macht man heute fast aus Platin aus Eisen- und Siliziumlegierungen. Kleinere Laboratoriumsgeräte werden aus Gold-Palladium hergestellt. Bestimmte Chrom-Nickel-Legierungen können sogar lange Zeit auf Hochofen arbeiten werden, ohne ihre Festigkeit einzubüßen.

Lothar Meyer und Mendelejew waren die ersten, die klar erkannten, daß zwischen den Atomgewichten der chemischen Elemente und ihren Eigenschaften bestimmte Beziehungen bestehen; sie stellten bekanntlich das periodische System der Elemente in Form einer Tabelle auf, die es ermöglicht, das Vorhandensein bestimmter chemischer Elemente voranzusagen. So fand zum Beispiel kein Element zwischen dem Titan mit dem Atomgewicht 47,8 und dem Zirkon mit dem Atomgewicht 91,2 sich ein Element finden lassen müsse, dem die Ziffer 71,5 zukomme. Zufällig konnte Winter später ein solches Element auffinden, dem er den Namen Germanium gab. Noch hier gelang es, Rücke: der Tabelle durch die Entdeckung von vorausgelager Elementen zuzufüllen, so zum Beispiel durch das Scandium, das Scandium, Zinn, usw. Wird man weiter Erfolg haben in der Richtung? Das ist eine Frage von allgeringster wissenschaftlicher und technischer Bedeutung. Das periodische System zeigt uns, daß es zu allermindest 92 verschiedene Elemente geben muß. Langsam und stetig gelang es dem Menschengeist, die Zahl der bekannten Elemente zu erhöhen. Die ältesten griechischen Naturphilosophen nahmen bald ein, bald mehrere Elemente an, die sie für die Bestandteile aller Dinge

hielten, vorzugsweise waren es Feuer, Wasser, Luft und Erde, die freilich keine Urstoffe im heutigen Sinne sind. Ähnliche Begriffe haben sich noch lange bei den Alchimisten erhalten. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts zählte man etwa 27 Grundstoffe, die sich nicht mehr zerlegen ließen. Anfangs des 19. Jahrhunderts konnte man bereits 49 Elemente und zurzeit sind es 88. Wird es gelingen, die fehlenden vier Elemente, die das Mendelejewsche System noch voraussetzt, auch noch aufzufinden? Welche Eigenschaften werden sie besitzen, welche Rolle werden sie im Leben der Menschheit spielen?

Das Verfahren der Bierbereitung ist eigentlich durch die Jahrhunderte hindurch immer das gleiche geblieben. An wissenschaftlichen Untersuchungen auf brauechnischem Gebiet hat es fächerlich nicht gefehlt, allein diese hatten immer nur den Zweck, tiefer in das Wesen der bei der Bierbereitung sich abspielenden Vorgänge einzudringen, um den Geschmack und die Güte des Fertigproduktes günstig beeinflussen zu können. So konnte beispielsweise die wichtige Rolle der Bromwasserstoffs bei der Bierbereitung spielen. Nun kommt neuerdings in verschiedenen Brauereien ein etwas abgeändertes Verfahren (Nathan-Verfahren) zur Einführung, das zweifellos bestimmte Vorteile besitzt. Die Rohstoffe, Salz und Hopfen, bleiben dieselben wie bisher und auch die Würzherstellung wird in der alten Weise vorgenommen, ein Unterschied besteht nur in der Gärung, durch die bekanntlich der in der Würze vorhandene Zucker teilweise in Alkohol und Kohlenäure zerlegt wird. Man unterscheidet beim Bierbrauen eine etwa 7 bis 14 Tage dauernde Hauptgärung, die im Gärfessel stattfindet, und eine oft viele Monate im Lagerfessel durchgeführte, langsam verlaufende Nachgärung, bei der die auf Kosten des Extraktes sich stetig entwickelnde Kohlenäure zum Teil chemisch und mechanisch gebunden wird. Während nun das aus den Gärstoffischen abgezogene Grün- und Jungbier noch schlecht schmeckt, zeigt das den Lagerfässer unentnommene ausgezeigte Lagerbier jenen nützigen, vollmundigen Geschmack, den der Kenner so sehr liebt. Im jungen Bier sind eben noch ungeeignete Geschmacksstoffe vorhanden, die während der Periode der Nachgärung abgebaut oder ganz zum Verschwinden gebracht werden. Diese lange Zeit beanspruchende Nachgärung kann nun bei dem Nathan-Verfahren auf einige wenige Tage herabgesetzt werden; es besteht einfach darin, die bei der Hauptgärung entstehenden Kohlenäuremengen zu sammeln und nachher in ununterbrochenem Strom feinperlend durch das Jungbier hindurchzutreiben, wobei ein Bier erzeugt wird, das in nichts dem alten Lagerbier nachsteht. Die Vorgänge des neuen Verfahrens liegen auf der Hand: es ist heute möglich, in etwa 14 Tagen ein gutes, zum Ausfluß fertiges Bier herzustellen; die enormen Lagerfässer werden größtenteils überflüssig, das Personal läßt sich einschätzen, die Kapitalanlage und die Kosten werden ganz wesentlich geringer.

Die Kleintransformatoren finden im Haushalt und in der Industrie immer weitere Verwendung und sind heute auf das beste durchkonstruiert; sie vermitteln den Anschluß von Fernmeldeanlagen an Starkstromnetze für Beleuchtung und dienen an Stelle der sonst verwendeten galvanischen Elemente und Akkumulatoren zum Betrieb von Schwachstromanlagen aller Art, wie zum Beispiel Klingel- und Signalanlagen, Weckern, Türöffnern, Fernmeldern, elektrischen medizinischen Geräten, Spielzeugen usw. Gegenüber Elementen und Akkumulatoren haben sie den Vorzug praktischer unbegrenzter Lebensdauer und ländiger, unveränderlicher Betriebsbereitschaft sowie unbedingter Sauberkeit und geringfügiger Raumbedarfs. Die Kleintransformatoren bedürfen keinerlei Wartung, sie liefern den zum Betrieb der Fernmeldeanlagen erforderlichen Strom stets in unveränderter Stärke und Spannung und werden für alle Netzspannungen hergestellt; sie bringen diese je nach der Schalungsart auf 3, 5 und 8 Volt oder auf 6, 10 und 16 Volt herab und liefern Ströme bis 1 Ampere. Die Kleintransformatoren bedürfen keiner Sicherungen auf der Schwachstromseite, da sie vollständig kurzschlußfähig sind. Bei einem Kurzschluß in der Fernmeldeanlage fällt die Spannung auf der Schwachstromseite nicht auf Null, so daß keine für die Fernmeldeanlage gefährliche Stromstärke auftreten kann. Selbst bei einem dauernden Kurzschluß an den Schwachstromklemmen kann keine Temperaturerhöhung auftreten, die dem Transformator oder seiner Umgebung gefährlich werden könnte.

Internationaler Metallarbeiterbund

Am 4. und 5. Januar trat das Zentralkomitee des I.M.A. in Paris zusammen. Beratungsgegenstände waren: 1. Die gegenwärtige Lage in der Hüttenindustrie und Einberufung einer internationalen Hüttenarbeiter-Konferenz. 2. Bericht des Genossen Brownlie (England) über Verhandlungen mit den amerikanischen Metallarbeiterorganisationen sowie deren Anschluss an den Bund. 3. Festlegung der Bundesbeiträge für 1925. 4. Sekretariatsbericht.

Zum 1. Punkt wurde auf Grund einer vom Sekretariat des I.M.A. vorgenommenen Umfrage festgestellt, dass in allen Ländern der an den Bund angeschlossenen Organisationen, mit alleiniger Ausnahme Deutschlands, in den Hochöfen, Stahl- und Walzwerken die dreiteilige Schicht besteht. Dabei wurde jedoch vielfach der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass wenn nicht auch bald in Deutschland die Räder zur dreiteiligen Schicht und zum Achtstundentag allgemein erlöse, in einigen Ländern der Achtstundentag schwer zu halten sein werde.

Die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erkannten die außerordentliche Bedeutung dieser Frage an und wurden an dem heutigen Verband alles getan, um den Achtstundentag wie der zur Geltung zu bringen. Hierbei können zwei Wege in Frage kommen: Einmal der gewalttätige Weg durch die Annahme des Washingtoner Abkommens, zweitens die Forderung des Achtstundentages durch den gewerkschaftlichen Kampf. Sie wählten die zweite Mittelweg über die von Reichsarbeitsminister geplanten Maßnahmen zugunsten der Hochöfenarbeiter, die aber völlig ungenügend seien und entsprechend ergänzt werden müssten.

Die Analyse von der Annahme des Washingtoner Abkommens vom Reichsarbeitsminister beabsichtigte Sonderregelung brachte nicht allen in Hochöfen, Hütten- und Walzwerken beschäftigten Arbeitern den Achtstundentag oder die dreiteilige Schicht; sie nehme die Stahl- und Walzwerksarbeiter davon aus. Dagegen müsse Einspruch erhoben werden. Der Achtstundentag müsse allgemein durch die Annahme des Washingtoner Abkommens eingeführt werden und, soweit für die Hüttenarbeiter eine Sonderregelung vorsehensfähig sei, müsse der in § 7 der Arbeitszeitverordnung vorgegebene gesundheitliche Arbeiterschutz allen Hochöfen-, Hütten- und Walzwerksarbeitern zuteil werden. Dieser Auffassung stimmte die Konferenz einstimmig zu; sie beschloss ferner, eine

Internationale Hütten- und Walzwerksarbeiterkonferenz

Zum 1. März 1925 nach Deutschland einuberufen. Die vorbereitenden Arbeiten werden dem I.M.A. übertragen.

Zum 2. Punkt konnte der Genosse Brownlie (England) leider nicht die Mitteilung machen, dass die amerikanischen Metallarbeiterorganisationen bereit seien, dem I.M.A. beizutreten. Es seien vornehmlich finanzielle Gründe, die sie neben anderen Gründen vom Anschluss an den Bund abhalten. Die Vertreter der amerikanischen Metallarbeiterorganisationen gaben aber das Versprechen ab, die Anschlussfrage in ihren Sitzungen und Kongressen zu besprechen und das Bundessekretariat über die dann eingenommene Stellung zu unterrichten.

Der Bundesbeitrag für 1925 wurde gemäß dem Beschluss des Kongresses des I.M.A. in Wien auf 30 Schweizer Franken je 1000 Mitglieder oder 25 englische Schilling endgültig festgelegt. Den angeschlossenen englischen Metallarbeiterverbänden wurde mit Rücksicht auf die große Zahl noch bestehender Verbandsverbände in England und daraus erwachsender besonderer Ausgaben zugesichert, diese Ausgaben mit dem Sekretariat, dem das Recht der Rechnungsprüfung zusteht, zu übertragen.

Zu Punkt 4 wurde insbesondere die Anschlussfrage des amerikanischen Metallarbeiterverbandes an den I.M.A. eingehend besprochen. Bekanntlich sollten nach einer Verständigung auf dem letzten Bundeskongress in Wien zunächst weitere Verhandlungen mit den Vertretern des amerikanischen Metallarbeiterverbandes über die Voraussetzungen ihres ewigen Anschlusses an den Bund stattfinden. Obwohl der Wiener Kongress eine außerordentliche Geduld und Langmut gegenüber der erst gegen Ende des Kongresses eingetragenen Verzögerung des amerikanischen Metallarbeiterverbandes zeigte, hat eine Konferenz des amerikanischen Metallarbeiterverbandes am 22. November 1924 eine Entschliessung angenommen, dessen weiterer und entscheidender Ablauf wie folgt lautet:

„Die Konferenz beschließt voll und ganz die Juli-Plattform der revolutionären Metallarbeiter, schließt sich dem vom Zentralkomitee des I.M.A. in Wien beschlossenen Programm an und fordert insbesondere die organisierten Metallarbeiter aller Länder zum entscheidenden Kampf gegen das Verhalten der Führer der Berner Internationales, die die Verwirklichung der Einheit hintertreiben, an.“

Mit Rücksicht auf diese Entschliessung schlug der Sekretär des I.M.A., Kamerad Jig, vor, von weiteren Verhandlungen mit dem amerikanischen Metallarbeiterverband abzusehen, da er sich nicht beweisbar angeschlossen hat. Die Verhandlungen irgendwiehin ersperrlich für den Bund gehalten. Die Aussprüche über diesen Bericht war eine sehr lebhaft. Die Engländer beantragten einstimmig, dass mit Rücksicht auf den Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über das Ergebnis ihrer Studienreise in England das Büro der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale Stellung hierzu und zu den damit zusammenhängenden Fragen nehmen müsse und auch auf diesem Grund vom Zentralkomitee des I.M.A. durch einstimmigen Beschluss gefasst werden könne oder sollte. Dieser Entschliessung schloss sich die Konferenz einstimmig an. Je nach dem Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation wird im I.M.A. weitere Stellung zu der Angelegenheit genommen werden.

Pfarrerlöhne

Die Zeitung war die Quelle vieler Fragen über die Art der Arbeit und der Kirche. Mit beweglichen Worten wurde erzählt, dass die Geistlichen nicht zu heißen hätten, je daß sich jeder einen privaten Beruf nebenbei ergreifen müßte, um Geld und Gede zu verdienen. Manche hielten daran, daß es durch den Kriegszustand viele Arbeiterfamilien, denen es bestimmt noch viel schlechter ging, haben ein Scherlein zur Einkerbung der Art von Gewerkschaften bedürftig. In zahlreichen Einzelheiten von Schulden und Lagerhäusern, aber die Wirtschaft als ganz genommen war doch noch beherzter besser geklärt als die Behauptung. Einmal Teil der Geistlichen ging es in der Industrie einmal sei es, daß es dem Arbeiter sein ganzes Leben geht. Seit einiger Zeit war aber es es ganz sich geworden von der Art der Geistlichen. So ganz nebenbei immer man einmal bemerkt, daß die Befreiung der Geistlichen greift sei. So sehr auch den Kirchensitzungen daran liegen mag, so sehr ist die Befreiung gerade ist, die kirchlichen Leistungen können sich auch. Sie haben wohl lange Spalten für die Art der Geistlichen, aber keine Zeit für die Art der Befreiung. Wenn die Eigentümern oder die Postanstalten oder irgendeiner Beamtengruppe ein paar Pfennige mehr Lohn fordert oder schwanzt, weiß die kirchliche Partei lang und breit aufzupöbeln, welche Befreiung dies im Monat, im Jahr, im Jahrzehnt für den Staat, für die Steuerzahler ausmacht, und wenn ein Industriearbeiter ihren Hungerlohn etwas abschneiden wollen, schreien die kirchlichen Beamtendenken vom dem Sinn der nationalen Wirtschaft, des Vaterlandes, und je sechs Pfennig und Hölle gegen die kirchlichen Beamtendenken in Bewegung. Und jetzt, wo die Befreiung der Pfarrer greift, ist es ihnen der Wurm ausgegangen. Selbstverständlich! Die Schwächheit der Kirche kann natürlich für und kein Grund sein, das Ergebnis der Befreiung der Pfarrer anzupöbeln zu lassen, zumal sie ohne Arbeiterbefreiung einen ganz unannehmbaren Erfolg haben konnten. Wir beharren auf hier auch deswegen mit der Sache, um die Wirtschaft anderer christlichen Kö-

legen zu mehrern. Da der Stand der Geistlichen zu den akademischen Berufen zählt, und sie wie die anderen Beamten mit Hochschulbildung zu der Gruppe der höheren Beamten gerechnet werden, so sind sie in deren Befreiungsklassen, in die Gruppen 11 bis 13 eingereiht. Das ist das in Sachen der Befreiung bedeutet, sei an ein paar Beispielen dargestellt, die wir der Chemnitzer Volksstimme entnehmen:

Ein junger Pfarrer in Gruppe 11, Dr. Karl C., verheiratet und ohne Kinder, erhält als Anhangsgehalt monatlich 885 M Grundgehalt, 51 M Ortszuschlag und 12 M Frauenzuschlag, das sind insgesamt 948 M. Sein 11-jähriger Amishbruder, verheiratet, mit zwei unterhaltspflichtigen Kindern im Alter von 14 bis 21 Jahren, hat das Grundgehalt derselben Ortsklasse in Gruppe 11 erreicht und bezieht im Monat 877,50 M Grundgehalt, 51 M Orts-, 44 M Kinder- und 12 M Frauenzuschlag, in Summa monatlich 984,50 M. Das Endgehalt in Gruppe 12, Ortsklasse B, beträgt bei einer Normalfamilie von 4 Köpfen 780 M und in Gruppe 13 — sie wird wohl nur von Superintendenten und Äbten erreicht — 1021 M im Monat. Der Landesbischof bezieht höher eine Summe aus den Einzelgehältern, die selbstverständlich entsprechend höher ist.

Diese Beispiele ergeben Romanzahlen von 448 bis 1021 M, wozu in vielen Fällen noch Nebenannahmen kommen. Ob sich die geistlichen Herren für diese Befreiung 8 Stunden oder, wie die Hüttenarbeiter, 12 Stunden täglich plagen müssen, ist aus der Befreiungsordnung nicht zu entnehmen. Unseren christlichen Kollegen dürfte es leicht sein, hierüber Auskunft zu erhalten. Immerhin ist die Not der Pfarrer sehr wohl behoben. Wir gönnen ihnen das selbstverständlich. Unsere Freude wäre noch größer, wenn wir dies auch von der Klasse der Kirchenangehörigen der Geistlichen sagen könnten. Aber deren Not besteht noch ungeändert fort. Da, wie die Zeitungen nicht müde wurden, mitzuteilen, in der Inflationszeit viele Geistliche gekümmert haben, so muß man annehmen, daß auch sie nun wissen, wie Hunger tut. Es ist füglich zu erwarten, daß sie nun, wo ihre Lohnbewegung glücklich beendet ist, von den Kämpfen gegen die Entbehrung und die Ausbeutung der Arbeiter vor, jagen wir Thesen, Reden, Vorträge, Donnerstakt, Stimmes usw. predigen und dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns deutlich nahelegen, endlich mit dem Achtstundentag die Arbeit zu machen.

Wenn die nationale Wirtschaft und der Staat solche Löhne für die Geistlichen ausbringen vermag, ohne dabei zugrunde zu gehen, so werden wohl auch die Lohnforderungen derer zu erfüllen sein, die lebensnotwendige Güter erzeugen. Den Geistlichen wird das Eintreten für die viel, viel schlechter erlohenden Arbeiter schon deswegen nicht schwer fallen, weil deren Lohnforderungen ja selbsthaft beizugeben sind; sie würden sich schon glücklich schätzen, wenn sie nur die Hälfte der Pfarrereinkünfte hätten. Ganz abgesehen davon, daß die Geistlichen ja durch ihre Lehre gehalten sind, für die Armen und Gedrückten einzutreten. Siehe! Haben schon die und die Geistliche als Zeit ihrer Predigten 34, 27 gewährt, also geistlichen Recht: Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, ist ein Bluthund!

Eine „hochherzige“ Firma

Bitte, nicht gleich lachen, denn so etwas wie eine hochherzige Firma gibt es bei uns tatsächlich, und sogar in unserer Metallindustrie. Wir haben von ihrem Vorhandensein vor einigen Tagen erfahren, und noch nicht einmal von der Arbeitgeberzeitung, sondern von der Pfälzischen Post. Da eine derartige Kunde immerhin etwas unheimlich ist, so mußten wir die Veranlassung dafür dem pfälzischen Wien überlassen. Es brachte kürzlich die Mitteilung, daß die Metallfirma Gebrüder Sulzer ihren alten Arbeitern eine freiwillige Weihnachtsgabe habe angeordnet. Die Lohnlisten, die am Sonntagabend (vor Weihnachten) verteilt wurden, trugen den Aufdruck: „Weihnachtsgeschenk 1924.“ Daß die alten Arbeiter diesmal die Lohnlisten mit Herzklappen geöffnet haben, kann man ohne weiteres glauben, und daß das Herzklappen bereits war, läßt der Inhalt der Lohnlisten erkennen: Die mindestens 10 Jahre bei der Firma Beschäftigten fanden ein Weihnachtsgeschenk von 100 (hundert) Reichspfennigen, die 10 bis 15 Jahre Beschäftigten ein von 200 (zweihundert) Reichspfennigen, die 15 bis 20 Jahre Beschäftigten ein von 300 (dreihundert) Reichspfennigen, die 20 bis 24 Jahre Beschäftigten ein von 400 (vierhundert) Reichspfennigen und die über 24 Jahre Beschäftigten ein von 500 (fünfhundert) Reichspfennigen vor. Da in dem pfälzischen Wien nichts von einer Einschränkung erwähnt ist, so muß man annehmen, daß die Weihnachtsgabe ohne jede Bedingung gegeben wurde. Wodurch bestätigt wird, daß die hochherzige der Firma Gebrüder Sulzer nicht von jener Art ist, womit in der wirtschaftlichen Zeit die Kruppischen oder Summischen Arbeiter versorgt wurden. Die ganze Größe der Sulzerischen Arbeiterfreundschaft vermag man erst zu erkennen, wenn man sich vergegenwärtigt: 20 Jahre verdient für einen Arbeiter mit Arbeit und Brot und dann kommt für ihre Fürsorge gar damit, daß sie dem so versorgten Arbeiter noch einmal einen Jahreslohn in die Lohnliste werfen läßt. Obwohl es die Pfälzische Post nicht weiß, so kann man es doch als Tatsache hannahmen, daß die demnach von der Fürsorge ihres Arbeit- und Brogebüßern übermannen allen Leute vor Zahlung gewohnt haben. Sie sie wohl den neuen, unerwarteten Reichsnummern werden? Wie wohl die Metallfirma eine derartige Einbuße ihres Reingewinns wieder weismachen wird? Dagegen Frage, worauf die nächste Lohnverhandlung zuwert geben dürfte. In der Weihnachtsfeier der Arbeitgeberzeitung ist die hochherzige Tat der Gebrüder Sulzer noch nicht verzeichnet. Sollte die Unterlassung darauf zurückzuführen sein, daß die Sulzer schweizerischer Herkunft sind? Damit aus nicht der Formel gemacht wird, wir verweigern gefälligst die hochherzigenen Jahreslöhne, haben wir von dem Weihnachtsgeschenk der Firma Sulzer Kenntnis gegeben.

Schriftenhan

Einführung in die Nationalökonomie. Von Rosa Luxemburg. Herausgegeben von Paul Levi. E. Völsche Verlagshandlung, G. m. b. H., Berlin 35. Preis broschiert 3,50 M., kartoniert 4 M., gebunden 6 M. — Rosa Luxemburg hat das Manuskript des Werkes selbst geschrieben, den Druck erlebte sie nicht mehr, da Röhrdenhand ihr Leben verkürzte. Ihre Nationalökonomie zeigt erneut die ungenannte Seite und bei aller Gründlichkeit doch ganz unerschütterliche Art der Beweisführung, die eine ihre Leben so aufziehend machte. Das Buch gibt sehr viel mehr, als sein Titel zeigt: es ist Wahrheit eine gemalte Skizze der gesamten Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Menschheit von den ältesten Zeiten bis zur neuesten Zeit, bis auf unsere Zeit. Rosa Luxemburg begnügt sich nicht, dem Proletariat zu sagen, weshalb er in den Ländern seiner Zeit gehört, sondern weist ihm gewissend auf der Dialektik jeder Entwicklung nach, weshalb der Kapitalismus die Schwäche des individualistischen Wirtschaftsjahres ist und kein Maß über die hinaus es keine weitere produktivwirtschaftliche Möglichkeit mehr gibt, sondern nur noch eine sozialistische Fortbildung der Wirtschaft und damit die endliche Befreiung des Proletariates aus der Abhängigkeit kapitalistischer Anarchie. Die allgemeine Arbeitslosigkeit und Überzugsarbeit des neuen Wertes von Sozialisten werden, wird sie mit neuem Mut zum Durchhalten in ihrem kühneren Kampf erklären und ihnen zugleich Wasserlaune für eine Umdeutung und Befreiung sein.

Internationales Archiv. Eine Einführung von Hermann Meier (Verlagsgelehrter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). G. m. b. H., Berlin E. 14, Jährl. 6. 28 Seiten. Preis 1 M. Diese Schrift ist die Arbeiter und die Angehörigen mit dem internationalen Arbeitstag, seinen Forderungen und Forderungen verbunden. Es ergibt sich aus der Darstellung, daß auch auf diesem Gebiete die Tätigkeit der Gewerkschaften erhellend werden können. Die Einführung enthält sich auf die Vorgänge während des Weltkrieges und der Nachkriegszeit, die einschlägige Literatur ist jeweils angegeben. Da die Gewerkschaften der Durchsetzung ihrer Aufgaben und zur Erreichung aller Inanspruchnahme unbedingt einen Gesamtabschluss haben müssen, ist die Einführung dieser Schrift sehr zu empfehlen. Der Preis von 1 M. ist in diesem Jahre den Arbeiter-Kaufleuten unter dem Titel „Lohnbewegung der Arbeiter“ in einer ganz neuen Form erscheinen lassen. Der Lohnbewegung ist in gleichem Maße ein Haupt-

länger geworden, sozusagen ein kombiniertes Haus- und Taschenbüchlein. Beiträge erster Federn geben dem kleinen Sammelwerk ein bedeutsames Gepräge. Das „Lohnbuch der Arbeiter“ präsentiert sich in einem sehr schönen Ganzleinenband. Preis 1,50 M. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen oder den Verlag Die Nachfolger, Berlin S 38, Lindenstr. 3.

Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. „Die Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kann bezogen werden durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag J. J. Dieckhoff, Berlin S 38, Lindenstr. 3. Bezugspreis für Deutschland monatlich 1,20 M.

Schwarz-Rot-Gold in der deutschen Geschichte. Kulturhistorischer Verlag zur Fragefrage. Von Ernst Jäger. (Mit Abbildungen.) Druck- und Verlagsgeellschaft Sagawa & Co., G. m. b. H., Berlin S 38.

Achtstundentagpropaganda durch Postkarten. Vor wenigen Tagen erst der Film — nun auch die Bildpostkarte als Propagandamittel für den Achtstundentag! Etwas langweilig zwar, aber doch sicher kommen wir auch in der deutschen Arbeiterbewegung dazu, die Mittel zur Förderung unserer Ideen in Anwendung zu bringen, die sich in anderen Ländern und anderen Parteilagern längst als wirksam erwiesen haben. Vor uns liegen zwei Serien Postkarten zu je 4 Stück (Schwarz-weiß-Bildungen und Scherenschnitte) von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, herausgegeben, künstlerisch einwandfrei und in Zeichnung und Text durchaus geeignet, Augen und Sinne auf die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages hingelenkt. Den teure Arbeiter sollten sich der Karten bei jeder passenden Gelegenheit bedienen, um Gleichgültige aufzurütteln.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 18. Jan. in der 4. Wochenbeilage für die Zeit vom 18. bis 24. Januar 1925 fällig.

Am 1. Januar 1925 trat der Kassierer der Hauptklasse Theodor Berner nach 33jähriger Tätigkeit in den wohlverdienten Ruhestand. Vorstand und Ausschuss beschloßen sich daraufhin eingehend mit der Frage der Wiederbesetzung des freigewordenen Kassiererspostens. Beide Körperschaften beschloßen, gemäß § 29 Abs. 1 des Statuts, einmütig, von einer Ausschreibung Abstand zu nehmen, den freigewordenen Kassierersposten vielmehr dem bisher beforderten Vorkandidaten Karl Schott zu übertragen. Das geben wir hiermit den Mitgliedschaften zur allgemeinen Kenntnis.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Zur Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Hamburg	10	—	—	—	1. Woche
Falun	10	10	—	—	1. L.
Schweden	10	10	10	5	5.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturlicher Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Der Maschinenführer Friedrich Böger, geb. am 20. Juli 1873 in Sülgen, Mitgliedsbuch Nr. 8.810.707;
- Der Metallarbeiter August Büchling, geb. am 2. März 1899 in Holzhausen, Mitgliedsbuch Nr. 8.955.517;
- Der Metallarbeiter Karl Decker, geb. am 10. Oktober 1866 in Quegen, Mitgliedsbuch Nr. 8.064.754;
- Der Schlosser Karl Sidmetzer, geb. am 3. Mai 1908 in Sächsburg, Mitgliedsbuch Nr. 5.029.232;
- Der Metallarbeiter August Zintle, geb. am 2. April 1876 in Haverstedt, Mitgliedsbuch Nr. 1.661.937;
- Der Schlosser Wilhelm Fuhrmann, geb. am 23. März 1906 in Minden, Mitgliedsbuch Nr. 4.717.150;
- Der Metallarbeiter Karl Hormann, geb. am 2. Juni 1902 in Minden, Mitgliedsbuch Nr. 3.064.733;
- Der Schmied Christian Kemmer, geb. am 2. Oktober 1868 in Aminghausen, Mitgliedsbuch Nr. 4.162.807;
- Der Metallarbeiter Friedrich Köpfer, geb. am 28. Mai 1869 in Haverstedt, Mitgliedsbuch Nr. 5.038.507;
- Der Schlosser Otto Langer, geb. am 20. Mai 1897 in Sächsburg, Mitgliedsbuch Nr. 8.064.947;
- Der Schlosser Heinrich Oldemeyer, geb. am 4. Januar 1909 in Bielefeld, Mitgliedsbuch Nr. 4.935.155;
- Der Schlosser Emil Neef, geb. am 1. April 1908 in Echtdorf, Mitgliedsbuch Nr. 4.565.536;
- Der Schlosser Hermann Hüdig, geb. am 20. Februar 1878 in Sülge, Mitgliedsbuch Nr. 3.193.565;
- Der Metallarbeiter Karl Schäfer, geb. am 22. Januar 1896 in Freile, Mitgliedsbuch Nr. 2.926.255;
- Der Dreher Friedrich Zhielling, geb. am 15. April 1900 in Minden, Mitgliedsbuch Nr. 4.867.897;
- Der Metallarbeiter Fritz Watermann, geb. am 30. Juni 1900 in Gammern, Mitgliedsbuch Nr. 4.600.148;
- Der Schlosser Wilhelm Weilerhold, geb. am 21. Februar 1879 in Minden, Mitgliedsbuch Nr. 5.843.523, sämtlich wegen Streikbruchs.

Stuttgart, Röhrdenstr. 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

- von Formern und Gleisbauarbeitern nach Osnabrück (Girma von Wegmann) A.;
- von Grabenbau nach Budapest, E.;
- von Hammerwerksarbeitern nach Summersbach (Gebrüder Höfer, Kaiser) E.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Grubach bei Zellbrunn (Schraubenfabrik Arnold) St.; nach Ullm a. D. (G. D. Magirus, Kraftautomobil- u. Feuerwehrgüterfabr.) E. u. A.;
- von Metallarbeitern nach Ventsch u. S. (Abolj Lamprecht, Emaillewerk) D.

A = Lohnbewegung; D = Differenzen; S = Streit in Sicht; St = Streit; A = Rohregulung; N = Währungs; U = Auslieferung; Arbeitsschende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung erscheint, ist Grundlegung der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Anwesen der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Verbandsanzeigen

Breslau. Erster Geschäftsführer gesucht. Verlangt wird nur erste Kraft. Bewerber müssen vorzugsweise, sicher im Berufswesen und auf dem Gebiet der Sozialpolitik und Arbeitergerichtsbarkeit erfahren sein. Zentral 1. März. Gehalt nach den Beschlüssen von Kassel. Achtstündige Besondere Besetzung. Selbstgeschriebene Bewerbungen, aus denen die bisherige Leitung in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf und Mitgliedschaftsbauer ersichtlich ist, sind bis zum 31. Januar an P. Danzke, Breslau, Magazinerstraße 17, Zimmer 10, zu richten. Schreiben. Als Geschäftsführer wurde der Kollege Hermann Klein gewählt. Den anderen Beamten besten Dank.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, A. Straße 16.